Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3,40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 40 | Halver, Dienstag, 17. Februar 1953 | 1953

Deutsche Wirtschaftsdelegation berichtet

Westrick: Kein Boykott gegen Bonn

Nagib entschuldigt sich mit „Organisationsfehler" - Differenzen jetzt auch mit Ostzonen-Delegation

dmt. Frankfurt, 16. Februar

Die deutsche Delegation, die unter Leitung des Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Westrick, in Kairo Wirtschaftsverhandlungen mit der ägyptischen Regierung und Vertretern der Arabischen Liga geführt hatte, traf am Montag auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen ein.

Staatssekretär Westrick erklärte wie bereits in Kairo, daß die Verhandlungen nichtabgebrochen worden seien sondern im Gegenteil in freundschaftlichem Geiste geführt wurden. Es sei die Aufgabe der deutschen Delegation gewesen, den Rahmen der künftigen Wirtschaftsbeziehungen abzustecken. Diese Aufgabe könne als erfüllt angesehen werden. Sie habe jedoch nicht die Aufgabe gehabt, Einzelgeschäfte abzuwickeln. Die ägyptische Regierung habe eine Liste von Projekten mitgegeben, die nun im einzelnen umgehend geprüft werden müßten.

Westrick sagte, die Aegypter seien sich darüber im klaren, daß das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen vom Bundestag ratifiziert werde. Da ihm jedoch noch am letzten Samstag General Nagib versichert habe, daß hinter allen Schwierigkeiten das solide Fundament der deutsch-arabischen Freundschaft stehe, könne er sich nicht vorstellen. daß Aegypten gleichzeitig an einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Bundesrepublik dächte. General Nagib habe sich, teilte Westrick mit, wegen der gleichzeitigen Anwesenheit einer Delegation aus der Sowjetzone entschuldigt. Dieses Zusammentreffen, so habe Nagib erklärt, sei auf einen Organisationsfehler zurückzuführen.

*

In informierten Kreisen Kairos verlautet inzwischen, daß in den Beratungen der ägyptischen Regierung mit der Wirtschaftsdelegation der Ostzone bereits die ersten Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Die Ostberliner Delegation verlangt Bezahlung ihrer Lieferungen in Dollar. Dollars aber sind in Aegypten nicht zu haben. Andererseits will aber Ostberlin nicht in dem Umfange ägyptische Waren abnehmen, wie Kairo es wünscht. Aus diesem Grunde kommen sehr wahrscheinlich jetzt auch aus Aegypten die abschwächenden Nachrichten über einen Abbruch der Verhandlungen mit der Bundesrepublik. Es wird ganz deutlich darauf hingewiesen, daß diese Verhandlungen nur unterbrochen worden wären, um der deutschen Delegation Gelegenheit zu geben, neue Vorschläge in Bonn zu unterbreiten.

Wie gleichzeitig in informierten Kreisen der ägyptischen Hauptstadt verlautet, verstärkt sich jedoch der Druck der arabischen Nationalisten, die einen Abbruch der Beziehungen zu Deutschland wegen des Wiedergutmachungsabkommens mit Israel fordern. Man betont, daß die Bundesrepublik nicht etwa von den Westmächten dazu gedrängt worden sei, sondern auf eigenen Wunsch dieses Abkommen schließen wolle. Das würde unweigerlich zum Abbruch der Beziehungen führen, erklärte ein führendes Mitglied der arabischen Nationalisten. Der ägyptische Staatschef General Nagib erwartet diesen Abbruch anscheinend, denn er hat schon Dänemark und Schweden wissen lassen, er wolle für diesen Fall dänische und schwedische Militärexperten verpflichten, um die rund 50 deutschen Instrukteure dann ersetzen zu können. Diese Information wurde allerdings noch nicht von amtlichen Stellen bestätigt.

Eisenhower berät Widerruf des Yalta-Abkommens

Zusammentreffen Eisenhower-Stevenson — Bericht über US-Handelspolitik?

dmt. Washington, 16. Februar

Der amerikanische Präsident Eisenhower beriet am Montag in Washington mit Außenminister Dulles und den Führern des Kongresses den angekündigten Widerruf der Geheimabkommen von Yalta. Nach Mitteilung von Senator Taft ist der Entwurf einer Entschließung diskutiert worden, die, wie Taft sich ausdrückte, „in einer angemessenen Frist" vom Kongreß verabschiedet werden soll.

Taft sagte, die USA würden nicht irgendein bestimmtes Abkommen kündigen, sondern jedes Abkommen, das in irgend einer Form die Unterdrückung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang herbeigeführt habe. Er kenne keine Geheimabmachungen der USA, erklärte der Senator, die in der Zwischenzeit nicht veröffentlicht worden seien.

Die Konferenz des Präsidenten mit führenden Kongreßmitgliedern über die militärische Lage in den USA ist auf Donnerstag verschoben worden. Auf dieser Konferenz sollen Probleme der Landesverteidigung und vor allem des Korea-Krieges erörtert werden.

Der geschlagene demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson wird am Dienstag zu einer Unterredung mit Präsident Eisenhower zusammentreffen. Vorher wird er mit Außenminister Dulles konferieren.

Gerüchten zufolge wird Eisenhower in Kürze einen auf Veranlassung von Expräsident Truman vorbereiteten Bericht über die amerikanische Handelspolitik veröffentlichen. Dieser Bericht soll eine Erhöhung der Einfuhren und eine Herabsetzung der amerikanischen Zölle empfehlen. Ferner werde die Fortsetzung der Auslandshilfe und eine Steigerung der amerikanischen Auslandsanleihen befürwortet.

Erste Klage in der Montanunion?

Bundesrepublik fürchtet französisches Stahldumping — Tarifausschuß einberufen

tx. Bonn, 16. Februar

Wegen der scharfen Auseinandersetzungen mit der Bundesrepublik über die von der Hohen Behörde vorgesehene Regelung der Steuerfrage, die nach Auffassung deutscher Stellen zu einer Klage vor dem Gerichtshof der Montanunion führen kann, ist der Tarifausschuß der Montanunion für den 18. und 19. Februar einberufen worden, um diese Probleme nochmals zu beraten.

Die Absichten der Hohen Behörde in steuerlicher Hinsicht bedeuten, daß in Krisenzeiten der gemeinsame Markt von jeder beteiligten Regierung durch Steuermanipulationen geteilt werden kann, um den eigenen Markt vor Lieferungen aus den anderen Unionsländern zu schützen, daß aber in normalen Zeiten die deutschen Grundstofferzeugnisse sowohl auf dem eigenen wie erst recht auf den ausländischen Märkten innerhalb der Union bedeutend teurer sind als die entsprechenden französischen Erzeugnisse. Der Steuervorschlag der Hohen Behörde läuft auf Doppelpreise hinaus.

Ging man davon aus, daß in der Bundesrepublik und in Frankreich die gleichen Stahlsorten die gleichen Preise kosten, dann würde in Zukunft jede deutsche Stahlsorte auf dem eigenen deutschen Markt durch die entsprechenden französischen Fabrikate im Preis um etwa zehn Prozent unterboten werden können.

Bonn befürchtet Diskriminierung Deutschlands

Französische Wünsche mit EVG-Vertrag unvereinbar

dmt. Bonn, 16. Februar

Die von Frankreich gewünschten Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag sind nach Ansicht Bonner Regierungskreise nicht mit dem Geist und dem Charakter des Vertrages vereinbar und verstoßen teilweise gegen den im Vertrag niedergelegten Grundsatz der Gleichberechtigung. Es scheine, als wolle Frankreich die volle Verfügungsgewalt über seine Truppen beibehalten. Dadurch werde der Sinn des Vertrages in sein Gegenteil verkehrt.

Die von Frankreich gewünschte Aufhebung des Einspruchsrechts des NATO-Oberbefehlshabers gegen einen eventuellen Abzug französischer Kontingente aus der EVG bei Krisen in Uebersee würde die gesamte strategische Planung auf eine sehr unsichere Grundlage stellen. Nach dem EVG-Vertrag übernimmt der NATO-Oberbefehlshaber im Falle eines Krieges auch den Oberbefehl über die vereinigten europäischen Armeen. Er hat daher auch im Frieden eine Reihe von Rechten, unter anderem die der Truppenstationierung. Dieses Recht könne er jedoch nicht mehr zum Schutze Europas ausüben, wenn Frankreich jederzeit nach eigenem Ermessen seine EVG-Truppen abziehen könnte.

Bonner Regierungskreise geben zu, daß den französischen Verpflichtungen in Indochina im EVG-Vertrag Rechnung getragen werden müsse. Dies dürfe jedoch nicht zu einer Diskriminierung Deutschlands führen. Die gleiche Gefahr beschwöre der französische Wunsch nach einer Ausnahmegenehmigung für die französische Rüstungsindustrie herauf. Ein wesentliches Kennzeichen der EVG sei das gemeinsame Rüstungsbudget, das dadurch weitgehend entwertet würde. Es sei auch befremdlich, daß Frankreich für seine Truppen in Deutschland eine andere Behandlung wünsche als für die deutschen EVG-Kontingente.

Frankreich gegen verstärkten Grenzschutz

dmt. Bonn, 16. Februar

Die alliierte Hohe Kommission prüft gegenwärtig die vom Bundestag beschlossene Verstärkung des Bundesgrenzschutzes von 10 000 auf 20 000 Mann. Frankreich hat grundsätzliche Bedenken gegen diese Verdoppelung vorgebracht. Es sieht darin eine unzulässige Verstärkung der Bundesexekutive. Nach maßgeblicher französischer Ansicht hätten die Außenminister auf ihrer Konferenz in New York einen föderalistischen Aufbau der deutschen Polizeikräfte vorgesehen. Es wird damit gerechnet, daß die Hohe Kommission gegen die Verstärkung Einspruch erhebt.

Geprellter Eisenhower

Am 10. Mai 1945 brachte im Rahmen der alliierten Trinksprüche in Berlin Marschall Schukow einen auf General Eisenhower aus. Der lautete: „Armeegeneral Eisenhower hat von allen Generälen der Gegenwart die hervorragendsten Leistungen vollbracht. Seine großen Erfolge im Westen haben mir im Osten sehr geholfen. Ich erhebe mein Glas zu Ehren des größten Feldherrn aller Zeiten — General Eisenhower!"

Es war ein seltenes Lob. Der General meinte 14 Tage später zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis: „Die Russen, die während des Krieges selbst wenig Kontakt mit den Amerikanern und Engländern gehabt haben, verstehen uns nicht, und wir sie nicht. Je mehr wir jedoch mit ihnen in Verbindung treten, desto mehr werden sie uns verstehen, und desto inniger wird unsere Zusammenarbeit sein. Die Russen sind im Umgang derb und offen, jede Unbestimmtheit erweckt ihr Mißtrauen. Die Zusammenarbeit mit ihnen sollte möglich sein, wenn wir die Freundschaftspolitik befolgen . . ."

Zur Unterzeichnung des Viererabkommens begab sich Eisenhower nach Berlin. Aber eine gefühlsmäßige Abneigung muß in ihm doch gewirkt haben, denn er weigerte sich von vornherein, über diesen Tag hinaus zu bleiben und ging tatsächlich auch nur nach langem Zureden eine gute Viertelstunde zu dem angesetzten Festbankett. Vorher machte er Schukow einen Höflichkeitsbesuch, während dessen dem sowjetischen Marschall als politischer Aufpasser Wyschinski zur Seite stand. Ike verlieh Schukow die höchste amerikanische Auszeichnung für Ausländer: Band und Stern eines Großkommandeurs der „Legion of Merit". Der Russe bedankte sich sehr und erklärte, Rußland werde sicher bald seine Anerkennung für Eisenhowers Feldherrenleistung ausdrücken, indem es ihm ebenfalls einen „gebührenden Orden" verleihe. Wyschinski stieß den Marschall an und zischte „den höchsten", worauf sich Schukow erschreckt verbesserte. Leider könne er ihn noch nicht überreichen, denn die Genehmigung aus Moskau sei noch nicht da, aber er werde den Orden dann selbst in Eisenhowers Hauptquartier anheften.

Das geschah dann schon am 10. Juni. Ein kostbarer Orden, dieser „Siegesorden", den auch Montgomery bekam, eine viereckige mit Brillanten und Rubinen besetzte Platinfassung. 100 000 Dollar schätzte man ihn.

Kürzlich, berichtete jetzt die „New York Harald Tribune", habe Eisenhower eine Schätzung vornehmen lassen. Der Juwelier mußte leider feststellen, daß die Edelsteine — aus Glas waren.

-thk-

In letzter Minute

Zwischen Aegypten und der deutschen Ostzone wurde am 7. Januar, so meldete die französische Nachrichtenagentur AFP, in Kairo ein geheimes Militärabkommen getroffen, verlautet in Bonner Kreisen, die mit Ostberlin in Verbindung stehen. Die Ostzone wird Waffen liefern und eine Militärmission nach Kairo entsenden.

Präsident Eisenhower nominierte am Montag Frau Clare Booth Luce als USA-Botschafterin für Italien und Douglas Dillen als Botschafter für Frankreich.

Die für Montag in England erwartete große Springflut stellte sich als unerwartet harmlos heraus. Im strahlenden Sonnenschein plätscherte die Flut sanft an den hastig errichteten Deichbauten empor und blieb stellenweise 30 cm unter der erwarteten Höhe.

Neun Mitglieder einer Gruppe bewaffneter Kikuyus wurden am Montag von Polizisten in der Gegend von Fort Hall, Kenia, erschossen. Ein weiterer Kikuyu wurde verwundet.

Im närrischen Blickpunkt

re. — Der Rosenmontag brachte in Westdeutschland und sogar in Berlin eine neue Nuance in das politische Leben. Im närrischen Blickpunkt sieht sich manches anders an, als in der rauhen Wirklichkeit. Narretei und Wirklichkeit feierten in den Gegenden Triumphe, die heute im Mittelpunkt der bundesrepublikanischen Politik stehen. Die Städte am Rhein ließen Schlager sprechen, und im närrischen Gefolge der Tollitäten brachte das Volk den Karikaturen Ovationen, die sich hoch zu Roß oder auf prächtigen Festwagen mit den Fragen der Tagespolitik beschäftigten. Man kann die Politik nicht ausschalten, aber man kann sie aus einem närrischen Blickpunkt sehen, freilich nur für die drei tollen Tage, aber doch für eine Zeit, die dem Bundesrepublikaner genügt, um das Große klein und das Kleine groß zu sehen.

Im Gegensatz zu den Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone, denen der Humor von Staats wegen verboten ist, kann sich das Volk in der Bundesrepublik noch einer Narrenfreiheit erfreuen. Es machte davon reichlich Gebrauch, obwohl selbstverständlich von dieser Tätigkeit kein Einfluß auf die hohe Politik zu erwarten ist. Diese hatte ihre Pforten sowieso geschlossen. Das politische Leben in der Bundeshauptstadt war für diesen Tag lahmgelegt. Selbst der Hohe Kommissar der USA, Dr. Conant, der uns eben eine geharnischte Verwarnung wegen unserer geplanten Steuerreform erteilt hatte, war zu einer unpolitischen Persönlichkeit geworden und hatte sich vorgenommen, in Köln an Ort und Stelle den deutschen Karneval zu studieren. Da er die deutsche Sprache im Gegensatz zu seinen Vorgängern einigermaßen beherrscht, ist zu hoffen, daß er sich etwas über die wirklichen Gedanken des Mannes von der Straße informiert hat. Es könnte nicht schaden, wenn er davon auch in den kommenden Wochen Gebrauch machen würde, denn auch im närrischen Blickpunkt bleibt Politik gewissermaßen die Brücke von der Narretei zur Wirklichkeit. Wenn die Amerikaner schon auf unseren Bundeskanzler Dr. Adenauer als einen Staatsmann von Format sehr stolz sind, so mögen sie es uns nicht verübeln, wenn wir ihnen empfehlen, der Maxime des Kölners Adenauer Rechnung zu tragen: „Simmer över der Hunk gekümme, kümme mer och über dr Stätz", was soviel heißt wie: sind wir über den Hund gekommen, kommen wir auch über den Schwanz.

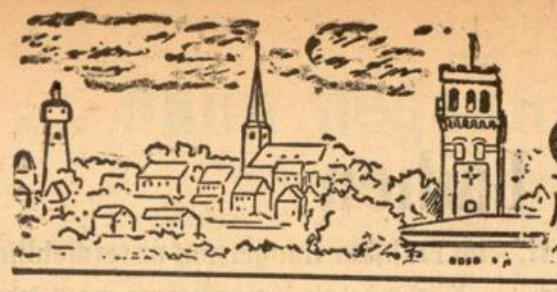
Politik im närrischen Blickpunkt ist offenbar nützlicher als manche tiefgründige Ueberlegung, die von den Menschen in nüchternem Zustand angestellt werden. In diesem Zeichen war — Berlin eingeschlossen — am Rosenmontag das ganze Deutschland, einschließlich der Saar unter einen Hut gebracht — und das besagt gewiß nicht wenig. Auch wenn die rauhe Wirklichkeit nach Fastnacht wieder zu ihrem Recht kommt, würde es nichts schaden, wenn das, was uns am Rosenmontag bewegte, in die hohe Politik übernommen werden könnte. Auf daß uns das Kleine groß erscheine und das Große klein . . .

Hinrichtung der Rosenbergs am 13. März

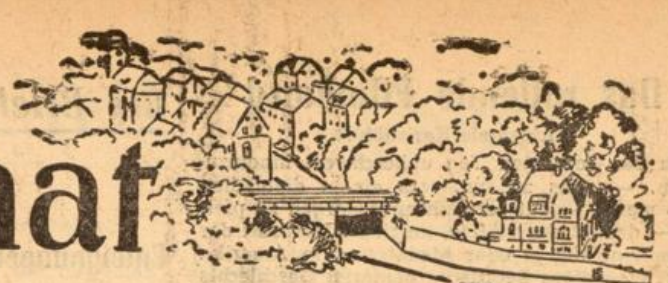
afp. Washington, 16. Februar

Die Hinrichtung des Ehepaares Rosenberg im Zuchthaus Sing-Sing ist auf den 13. März, 5 Uhr morgens europäischer Zeit festgesetzt worden.

Nur ein Beschluß des Obersten Gerichtshofes, der allerdings Revisionsanträge der Rosenbergs bereits zweimal abschlägig beschieden hat, könnte das Ehepaar vor dem elektrischen Stuhl retten. Es sei denn, daß Präsident Eisenhower — was höchst unwahrscheinlich ist — das von ihm abgelehnte Gnadengesuch nochmals prüfen würde.



Seite der Heimat



Halver, den 17. Februar 1953

Kieperling und Kehraus

Es quoll aus den Lautsprechern wie aus Vulkanen, brauste wie Katarakte, zündete wie Knallbonbons. Höhepunkt des Karnevals! Dagegen dachte man bei einem Gang durch Lüdenscheid, solange die Sonne schien: „Hab ich den Markt und die Straßen noch nie so einsam gesehen . . .“ Wir kamen uns tagsüber geradezu karnevalistisch unterernährt vor. Die heimische Mangellieferung an Kalorien und Vitaminen des Humors füllten aber auf des Aethers und der Liebe Wellen unsere Nachbarn freigebig-überschwenglich auf. Dunnerklitzchen, hatten die große Platten aufgelegt! Natürlich selbst mehr als gut aufgelegt, übersprudelnd vor Einfällen zu Narretei und Allotria, die sonst so engen Grenzen des bürgerlichen Daseins dynamisch sprengend. Wenn der Ueberdruck sorgenvoller Herzen und bedrückter Seelen nur immer aus so nett flötenden Ventilen entweichen könnte und würde!

So blieb es nicht aus, daß wir alle, die noch nicht versauert sind, von dem Tollen der Narrenfreiheit angesteckt wurden. Natürlich nur leicht mit westfälischer Bremse. Wir mußten in Stammkneipen, bei den letzten Vereinsveranstaltungen oder bei gast- und trinkfreudigen Freunden „mal eben nachsehen, ob und wo noch etwas los ist“. Und es war noch allerhand los, als nach Feierabend in Straßen und Häusern die Lichter aufflammten. Da flammten auch die von Rhein und Tradition Infizierten auf. So kam noch ein ganz zünftiger Kieperling zustande.

Eine ganze Reihe von Lokalen hatte noch Kappenfeste angesetzt, Stammtische versammelten sich früher als sonst und doppelt so zahlreich. Hier wie auf Sondersitzungen der Kaffeekränzchen und bei Hausfesten erwärmte man sich noch einmal an den übertragenen Büttenreden der letzten Tage, erzählte sich Erlauschtes und Erlebtes von den hiesigen Veranstaltungen. Bis man warm wurde, bis die äußeren und inneren Minusgrade der Temperatur und des Temperaments überwunden waren.

Trotzdem: ein wenig neidisch sind wir doch auf unser lustiges Nachbarvölkchen, dem der Schalk so von der Wiege her in Nacken und Blut sitzt. Dabei brauchen dort die hohen Prozente der Stimmung nicht gerade mit hohen Prozenten flüssigen Verzehrs Hand in Hand zu gehen.

Immerhin haben auch wir, jeder auf seine Art, für einige Tage alles weggefegt, was das Leben sonst düster, schwer und sauer macht, und in einer frischen Brise die Probleme unserer kleinen und der großen Welt für eine kurze Weile kurzweilig kaltgestellt.

Xaver

Halver

Vier Rehe von Lok erfaßt

Am vergangenen Samstag standen vier Rehe auf dem Bahngleis der Bundesbahn unweit des Gehöftes Stenkenberg bei Anschlag. Alle vier wurden von der Lokomotive des von Radevormwald kommenden Zuges überfahren. Gestern morgen riß in der Nähe von Lausberge ein kleiner Hund ein total abgejagtes Reh, so daß in diesem Revierteil in kurzer Zeit fünf Rehe weniger stehen. Die Jäger geben sich alle erdenkliche Mühe, den Rehbestand durch den harten Winter zu bringen. Vor allen Dingen müssen die Hundebesitzer ihre Hunde festhalten; sie reißen bei diesem verharschten Schnee jedes Stück Wild.

Ueberall wieder Unterricht

Mehrere Schulen in Halver u. Umgebung hatten, wie wir jeweils berichteten, wegen zahlreicher Grippeerkrankungen der Schüler und der Lehrer vorübergehend ihre Pforten schließen müssen. Erfreulicherweise ist die Grippewelle nunmehr im Abklingen begriffen, so daß sämtliche Schulen im Bereich Halver ihren Unterricht wieder aufnehmen konnten. Hoffen wir, daß ähnliche Störungen nun nicht mehr auftreten.

Schwenke

Karneval beim TV Ennepe 26

Ein recht gemütlicher Karnevalsabend wurde beim Turnverein gefeiert. In den gut besetzten Räumen bei Lüttringhaus fanden sich alle Sportler und viele Gäste ein. Es ging recht gemütlich zu. Ausgiebig wurde das Tanzbein geschwungen, von der Kapelle reichlich dazu bewegt. Eine Verlosung sorgte für die nötige Spannung. Nach der Kostümprämiierung ging man dann zum gemütlichen Teil über. Erst in den frühen Morgenstunden leerten sich langsam die Räume. Alle Besucher werden an diesen gemütlichen Abend noch lange zurückdenken.

Schalksmühle

Morgenwanderung des SGV

Die SGV-Abteilung Schalksmühle führt am kommenden Sonntag wieder eine Morgenwanderung durch. Alle Mitglieder und Nichtmitglieder treffen sich in der Klagebach. Von dort führt der Weg unter Führung von Wanderfreund Fritz Busch durch die Klagebach zum Bocksberg über Grünthal wieder zurück nach Schalksmühle.

Unsere Geburtstagswünsche

Das 72. Lebensjahr vollendet am morgigen Mittwoch Julius Klink, Bahnhofstraße 35. Am gleichen Tage werden Witwe Anna Stuhldreher, Bergstraße 37, 76 Jahre und Frau Elisabeth Rother, Bergstraße 17, 71 Jahre alt. Die Heimatzeitung gratuliert allen recht herzlich.

Hülscheider standesamtliche Nachrichten

Ein Sohn geboren: Kaufm. Angestellter Karl vom Hofe, Schalksmühle, Wippekühlerweg 6.

Heiraten: Kurt Nitschke, Klagebach, und Montiererin Gisela Metzgen, Klagebach; Regierungssekretär Artur August Hornig, Schalksmühle, Hälverstraße 80 und Verkäuferin Irmgard, Anna Rademacher geb. Simon, Dahlerbrück, Volmestraße 58, Techniker Gerhard Schultheis, Steinbach 10, Gemeinde Halver und Schneiderin Dorothea Fingerhut, Klagebach 33.

Sterbefälle: Maria Schroller geb. Schreiber, Muhlerhagen 117, 82 Jahre; Ehefrau Emilie Selbach geb. vom Hofe, Harrenscheid, 71 Jahre; Ehefrau Alma Spelsberg geb. vom Hagen, Winkeln 363, 62 Jahre und Amboßschmied/Rentenempfänger Ernst Clever, Schalksmühle, Volmestraße 21, 75 Jahre.

Rönsahl

Morgen: „Bakterien als Freunde und Feinde“

Am morgigen Mittwoch, also nicht donnerstags wie sonst, hören wir in der Arbeitsgemeinschaft „Naturwissenschaft“ einen Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Budde, Münster-Plettenberg „Bakterien als Freunde und Feinde“.

Ehre dem Alter

Herr Walter Lumpe aus Rönsahl vollendet heute sein 74. Lebensjahr. Wir gratulieren.

In diesem Jahre Neuwahlen

Halver im neuen Bundeswahlgesetz

99 500 Wahlberechtigte im Kreis Altena — Jeder eine Haupt- und eine Hilfsstimme — Wahlbezirk Halver

Der Deutsche Bundestag, 1949 gewählt, trat vor einigen Tagen zum Endspurt an. Die Neuwahlen — ihr spätester Termin ist der 6. September 1953 — werfen ihre Schatten voraus. Die Verhandlungen über das vom Bundeskabinett verabschiedete und dem Bundesrat zugeleitete Bundeswahlgesetz werden in den nächsten Wochen im Brennpunkt des innerpolitischen Geschehens stehen.

Was bringt der neue Bundeswahlgesetzentwurf für Halver

38 Paragraphen und 24 Schreibmaschinenseiten umfaßt der Bundeswahlgesetzentwurf, und seine Begründung ist sogar 32 Seiten lang. Er bestimmt zunächst, daß jeder Deutsche wahlberechtigt ist, der am Wahltag des 21. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 3 Monaten im Bundesgebiet wohnt.

Im Kreis Altena wird es nach den Bestimmungen des neuen Bundeswahlgesetzes und den Ergebnissen der Bevölkerungszählung am Wahltag etwa 99 500 Wahlberechtigte geben. Für die Stimmabgabe wird jeder Wahlkreis in Wahlbezirke eingeteilt. In der Regel bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk. Größere Gemeinden können in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, kleine Gemeinden und Gemeindeteile mit benachbarten Gemeinden oder Gemeindeteilen zu einem Wahlbezirk vereinigt werden.

Der gegenwärtige Bundestag hat 421 Abgeordnete. Nach den Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes von 1949 wurde ein Teil der Abgeordneten (im Bund 60 v. H.) nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl in Einmannkreisen gewählt, der Rest aber auf Landesergänzungslisten nach dem Verhältniswahlrecht, und zwar derart, daß das Ganze im Ergebnis nicht mehr als ein „verbrämtes“ Verhältniswahlsystem mit allen nachteiligen Folgen der Parteizersplitterung war. Das neue Bundeswahlgesetz ist ebenfalls ein Kompromiß zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl, sein Ziel ist aber kein bloß scheinbarer, sondern nunmehr ein echter Kompromiß zwischen beiden Systemen.

Mehrheitswahl, Verhältniswahl, Proporzsystem, Mischsystem, Eventualsystem

Der neue Bundestag soll nach dem Bundeswahlgesetzentwurf aus 484 Abgeordneten bestehen. Von diesen werden wie bisher 242 in Wahlkreisen nach den Grundsätzen der relativen Mehrheitswahl (Sieger ist, wer die meisten Stimmen erhalten hat) gewählt, die restlichen 242 einheitlich im ganzen Bundesgebiet nach Bundeslisten der Parteien im Verhältniswahlverfahren. Eine Anrechnung oder ein Ausgleich zwischen beiden „Wahlprozessen“ findet im Gegensatz zu früher grundsätzlich nicht mehr statt. Beide sind gewissermaßen durch einen Graben voneinander getrennt, so daß die Mehrheitswahlergebnisse aus den Wahlkreisen nicht mehr verwässert werden können.

Die Mehrheitswahl in den Wahlkreisen hat eine besondere Ausgestaltung erfahren. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die relative Mehrheitswahl bei starker Parteizersplitterung teilweise nur zu Mehrheiten von 20—25 v. H. führte. Nach dem neuen Gesetz kann jeder Wähler neben dem Bewerber, dem er seine Stimme in erster Linie geben möchte, einen

zweiten Bewerber

benennen, der die Stimme erhalten soll, wenn er stimmstärker ist als der erste und deshalb mehr Aussicht auf den Endsieg hat. Der Wähler gibt also dem zunächst gewünschten Bewerber seine Hauptstimme, indem er neben dessen Namen die Ziffer 1 setzt, und einem anderen Bewerber eine Hilfsstimme, indem er diesen mit Ziffer 2 kennzeichnet. Mit der Hauptstimme übt der Wähler zugleich sein Wahlrecht für die Bundeslisten aus. Seine Stimme gilt automatisch als solche für die Bundesliste der Partei, deren Bewerber er im Wahlkreis gewählt hat. Die Verteilung der Sitze auf die Bundeslisten der einzelnen Parteien wird — dem Verhältniswahlsystem entsprechend — proportional ihrer Stimmenzahlen im Bundesgebiet vorgenommen. Für die Wahl auf Bundesebene sind Listenverbindungen zugelassen, zu der sich mehrere Parteien zusammenschließen können. Sie werden dann wie eine Partei behandelt. Um das Aufkommen von Splitterparteien, die einst von tödlichen Gefahren für die Weimarer Demokratie gewesen sind, zu verhindern, ist in das Gesetz

eine Sperrklausel

eingefügt, wonach eine Partei bei Verteilung der Listensitze nur berücksichtigt wird, wenn sie entweder mindestens einen Sitz in den Wahlkreisen oder 5 v. H. aller Stimmen im Bundesgebiet erhalten hat. Die Hilfsstimme, die der Wähler neben seiner Hauptstimme hat, ist keine zweite Stimme, sondern eine Eventualstimme, die nur wirksam für einen Bewerber werden soll, der mehr Hauptstimmen erhält, als der vom Wähler mit seiner Hauptstimme bedachte Bewerber.

Das neue Bundeswahlgesetz, das ein einwandfreies und von willkürlichen Zahlenverhältnissen freies Gleichgewicht zwischen Mehrheitswahlteil und Verhältniswahlteil darstellen will, ist ein Gesetz von höchster politischer Bedeutung für die Zusammensetzung des künftigen Bundestages, für die von ihm zu bildende Regierung und die deutsche Politik in den kommenden Jahren.

Der Einzelne aber vermag nichts . . .

Arbeitsreiche Delegiertentagung der Heimkehrer im VdH

Lüdenscheid-Altena. Der Kreisverband der Heimkehrer im VdH hielt am Sonnabend im Lokal „Dahlmann“, Grabenstraße, eine gut besuchte Delegiertentagung ab, auf der Kreisverbandsvorsitzender Ernst Grah, neben dem 1. Vorsitzenden Reichmann, auch den Geschäftsführer Dr. Feyerabend des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen begrüßen konnte. Die Durchführung der Tagung vollzog sich im Rahmen einer guten Arbeitsgemeinschaft und guter Kameradschaft. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die zündende Rede des Kameraden Reichmann-Gelsenkirchen, der als zweiter Verbandsvorsitzender zu den aktuellen Heimkehrer-Problemen auf Bundesebene Stellung nahm.

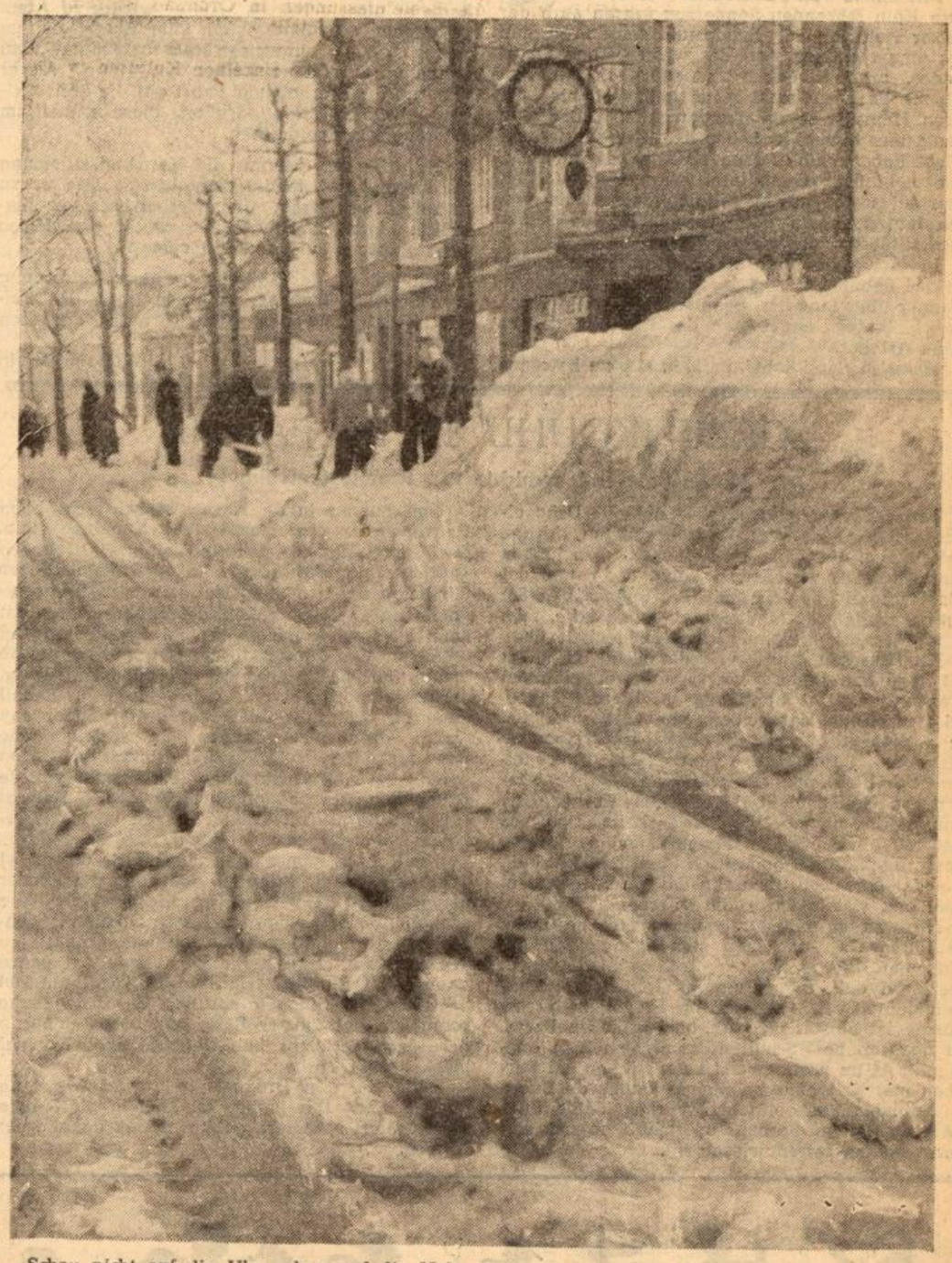
Nach den formellen Feststellungen gab Kreisvorsitzender Grah in seiner kurzen, präzisen und verständlichen Art den Geschäfts- und Kassenbericht, der nicht nur die beachtlichen Erfolge des letzten Jahres, sondern auch offenherzig die Mängel hervorhob, die in einer aufbauenden Organisation unausbleiblich sind. — Obwohl in der Beitragsabführung einiger Unterstufen kleine Termindifferenzen zu verzeichnen waren, konnten Kassenführung und Kassenverhältnisse nach dem Bericht der Revisoren als gut bezeichnet werden. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt.

Unter Leitung des Landes-Geschäftsführers Dr. Feyerabend wurde dann Ernst Grah, Lüdenscheid, zum 3. Mal seit Bestehen des VdH. zum Kreisverbandsvorsitzenden gewählt. Als weitere Mitglieder des neuen Kreisvorstandes wurden einstimmig gewählt: Hubert Damm, Werdohl, 2. Kreisvorsitzender und zugleich Beauftragter des Lennekreises; Bruno Gravenhorst, Lüdenscheid, Schriftführer; Willi Weigel, Lüdenscheid, Kassierer; Rudi Haase, Kierspe, Beauftragter des Volmekreises.

„Der Einzelne vermag nichts!“ war die Feststellung, die der Landesverbandsvorsitzende Josef Reichmann im Schlußsatz seines hochinteressanten Vortrages traf, nur in der Gemeinschaft und echten Kameradschaft könnten die Schwierigkeiten und Widerstände, die sich den berechtigten Forderungen des VdH entgegenstellten, überwunden und beseitigt werden. Auf Namen und Titel käme es nicht an, sondern auf die Sache, auf die Arbeit und auf den Geist der Kameradschaft. Kreisvorsitzender Grah forderte die Delegierten auf, in ihren Heimatorten an die Arbeit zu gehen und dafür zu sorgen, daß bald der letzte Heimkehrer und die letzten Angehörigen der noch gefangenen und vermißten Kameraden sich in der großen Heimkehrer-Gemeinschaft im VdH zusammen finden.

-h.

„Schau nicht auf die Uhr . . .“



„Schau nicht auf die Uhr, schau auf die Halversche Piste nur“. So oder ähnlich singt ein bekanntes Karnevalslied. Zu seiner Illustrierung machte — es war am gestrigen Mittag — die Kamera klick und was sie eingefangen hatte, sehen Sie oben. Wie gesagt, das war gestern mittag. Inzwischen hat sich schon manches gebessert. Gestern wurde an den verschiedensten Stellen eifrig gepickt und gehackt, so daß wir teilweise aus dem Gröbsten heraus sind. Heute ist Karnevalsdienstag. Auch heute vormittag sah man an zahlreichen Stellen schaffende Gruppen und der Schneepflug war unermüdlich unterwegs. Trösten wir uns darum mit einem weiteren Lied der Saison. Das heißt: Am Aschermittwoch ist alles vorbei. (?) Uns und den Autofahrern dürfte das schon recht sein . . .

Bild: Foto-Craemer

Bundesgerichtshof ist überlastet

dpa. Karlsruhe, 16. Februar

Der Bundesgerichtshof und die Bundesanwaltschaft sind stark überlastet. Die fünf Strafsenate haben im vergangenen Jahr in 461 Sitzungstagen über 4160 Revisionen entschieden. Dazu kamen 11 Entscheidungen über Auslieferungen und 37 Gerichtsstandbestimmungen

Der große Senat für Strafsachen trat einmal zusammen. Erheblich zugenommen haben auch die erstinstanzlichen Ermittlungsverfahren. Die sechs Zivilsenate haben in 290 Sitzungstagen 1119 Revisionen, 11 Berufungen in Patentsachen, 205 Beschwerden und 179 Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen erledigt. Dazu kamen noch 744 Armenrechtsbeschlüsse, 276 Gerichtsstandbestimmungen und 14 Gutachten zur Vorlage an das Bundesverfassungsgericht. Der große Senat für Zivilsachen entschied drei Fälle. Erschwerend

Urlaub für Manstein verlängert

dpa. Bonn, 16. Februar

Die britischen Behörden haben den „Krankheitsurlaub auf Ehrenwort" für den ehemaligen Feldmarschall von Manstein bis zum 18. März verlängert. Manstein hält sich seit längerer Zeit in einer Kieler [illegible] auf, wo er sich einer Augenoperation u[illegible]hen muß. Er leidet jetzt an Kreislaufstörungen.

6000 starben im Londoner Nebel

dpa. London, 16. Februar

Die Zahl der Todesopfer des großen Nebels in London Anfang Dezember gab der Labour-Abgeordnete Lipton am Montag im Unterhaus mit 6000 an. Außer den Todesfällen seien, so sagte Lipton, 25 000 Erkrankungen mehr registriert worden als unter normalen Umständen.

Kohlenmangel in England

afp. London, 16. Februar

In Großbritannien ist mit Kohlenmangel zu rechnen, falls das kalte Wetter anhalten sollte. Die Vereinigung der Kohlenhändler hat bereits beschlossen, die Zuteilung von Braunkohle für jeden Verbraucher auf 300 kg zu begrenzen. Brennstoff-Minister Geoffrey Lloyd teilte im Unterhaus mit, daß Großbritannien infolge der kalten Witterung viele Millionen Tonnen Kohle mehr als im vorigen Winter verbraucht habe.

Modernster britischer Flugzeugträger vom Stapel gelaufen

dpa. London, 16. Februar

Ein neuer britischer Flugzeugträger von 18 300 Tonnen lief am Montag in Barrow-in-Furness vom Stapel. Er wurde von Frau Churchill auf den Namen „Hermes" getauft. Der Flugzeugträger hat ein neuartiges Startdeck, das größer als ein Fußballfeld ist und das Anfliegen von 45 Flugzeugen im Winkel erlaubt. Außer einer neu entwickelten Dampfkatapultanlage verfügt die „Hermes" über weitere, noch geheimgehaltene Neuerungen. Die Gesamtbaukosten betrugen rund 120 Millionen DM.

Oesterreichischer Wahlkampf in der letzten Runde

Staatsvertragsverhandlungen am Oel gescheitert?

dmt. Wien, 16. Februar

In Oesterreich hat die letzte Woche des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen am 22. Febr. begonnen. Nach der Ansicht politischer Beobachter ist dieser Wahlkampf der „lahmste" der Nachkriegszeit. Zu tätlichen Auseinandersetzungen ernsterer Art ist es bisher nur ein einziges Mal gekommen.

In der Wahlpropaganda sind auch keine neuen Gesichtspunkte aufgetaucht. Die Propaganda der beiden Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ, die voraussichtlich auch die künftige Regierung bilden werden, wird von einer Auseinandersetzung über die Rentenfrage beherrscht.

Einer der Gründe für das Scheitern der Viermächteverhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag ist nach Ansicht Londoner Blätter das österreichische Oel. Die neuerschlossenen Oelvorkommen haben nämlich die Produktion Oesterreichs verdreifacht, wodurch die Bedeutung der österreichischen Lieferungen für die Sowjetunion noch verstärkt wird, zumal die Förderung in Rumänien stark zurückgegangen ist. Die Sowjetunion plane den Bau einer fast 2000 Kilometer langen Oelleitung, die alle Oelfelder in sowjetischen Händen mit einer Sammelstelle in der Ukraine verbinden soll.

Vulkanausbruch auf Alaska

ad. Anchorage (Alaska), 16. Februar

Der rund 500 Kilometer südwestlich der Stadt Anchorage auf der Halbinsel Alaska gelegene Katmai-Vulkan ist am Montag mit großer Heftigkeit ausgebrochen. Die Eruption war so stark, daß die Bewohner der rund 160 Kilometer entfernten Dörfer Katmai und Kodiak ihre Wohnstätten verlassen mußten. Menschenleben sind jedoch nicht gefährdet.

Kopfgeld für die Oberschulen in Altena?

Werdohls Stadtvertretung sagte nein — Dafür Altenaer Kinder in der Realschule

Werdohl. Die Stadtvertretung Altena hat beschlossen, bei der Aufnahme an den dortigen Oberschulen in erster Linie Altenaer Kinder zu berücksichtigen. Auswärtige Kinder werden bei der Aufnahme den Altenaer Kindern gleichgestellt, wenn die Heimatgemeinde sich bereiterklärt, 75 Prozent des Zuschusses, den die Stadt Altena pro Kind für die Schule bereitstellen muß, zu übernehmen.

Für die Schüler der Jungenschule bedeutet das für die Stadt Werdohl pro Schüler jährlich 578,— DM u. für die Mädchenschule pro Schülerin 381,— DM. 106 Werdohler Schülerinnen und Schüler besuchen die Oberschulen in Altena. Die Stadt Werdohl müßte für diese Kinder an die Stadt Altena 47 000,— DM Zuschuß zahlen.

Im Hinblick darauf, daß 50 Altenaer Kinder die Werdohler Realschule besuchen, ohne daß von der Stadt Altena ein Zuschuß gefordert wird, lehnte es die Werdohler Stadtvertretung in ihrer letzten Sitzung einstimmig ab, den von der Stadt Altena geforderten Zuschuß zu zahlen.

400000 Vertriebene im RB Arnsberg

Bezirks-Vertriebenenbeirat betonte die Dringlichkeit der Wohnraumfrage

In einer Sitzung des Bezirksvertriebenenbeirats, die jetzt im Regierungsgebäude in Arnsberg stattfand, konnte der Vorsitzende Klambt-Dortmund den Beiratsmitgliedern für ihre vielseitige Arbeit danken, die sie im Verlauf des Jahres zum Wohl des ihnen anvertrauten Personenkreises leisteten.

Fast überall sei die Mitarbeit der Behörden erfeulich gewesen, aus der sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt habe. Ihre Notwendigkeit werde allein schon durch die Tatsache unterstrichen, daß die Zahl der Vertriebenen im Regierungsbezirk seit Beginn der Tätigkeit des Bezirksvertriebenenbeirats vor knapp drei Jahren von 250 000 auf rund 400 000 gestiegen sei. Im Hinblick auf das zu erwartende Bundesvertriebenengesetz habe das Sozialministerium von der Wahl der Beiräte auf allen Verwaltungsstufen bislang Abstand genommen.

Im Mittelpunkt der Vorträge, denen sich rege Diskussionen anschlossen, gab der Bundestagsabgeordnete Kienat wichtige Auskünfte auf eine Reihe von Fragen nach der Situation der Vertriebenen im Lastenausgleichsgesetz. Der Beirat forderte, daß unabhängig von der Existenzgründungshilfe aus dem Lastenausgleichsgesetz weitere Landesmittel für den gleichen Zweck bereitgestellt würden. Auf die außerordentliche Bedeutung der Wohnraumfrage im Lebens- und Arbeitskreis der Vertriebenen wurde mit großem Nachdruck von allen Teilnehmern hingewiesen. Sie erfährt besorgniserregende Verschärfung durch den anhaltenden Zustrom der Sowjetzonenflüchtlinge, so daß die Aussichten auf eine gesunde, zweckmäßige Wohnung für die seit Jahren in Notunterkünften lebenden Vertriebenen weithin ungünstig bleiben. Hier können nur ein intensiverer Wohnungsneubau und Zuwendung größerer Mittel die allgemeine Not steuern.

Ein Unterausschuß wurde beauftragt, der Wohnraumfrage besondere Aufmerksamkeit und helfende Fürsorge zuzuwenden. Nach der allseitig lebhaft geführten Diskussion aller aufgeworfenen Fragen wurden die wesentlichsten Ministerialerlasse bekanntgegeben, von denen ein Sondererlaß mit Zustimmung begrüßt wurde, der die Bedeutung der Vertriebenenämter für die Zukunft unterstreicht. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

So kurz wie möglich

Ein Teil der britischen Streitkräfte am Suez-Kanal wird abgezogen. Wie am Montag in London bekannt wird, sind fünf Bataillone für den Abtransport in Aussicht genommen. Ein Teil der Truppen wird nach Zypern verlegt. In der Kanalzone bleiben aber immer noch rund 70 000 Mann.

Das amerikanische Kriegsministerium in Washington gab bekannt, daß bis zum Januar 1953 in Korea genau so viel Artilleriemunition verschossen worden sei, wie innerhalb des gesamten Zweiten Weltkrieges von den USA-Artilleristen.

Deutsche Opernsänger, die gegenwärtig in der portugiesischen Hauptstadt gastieren, haben in einem großen Lissaboner Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten der holländischen Ueberschwemmungsgeschädigten mitgewirkt.

Der griechische Premierminister Papagos übersandte dem norwegischen Parlament einen Brief, in dem er Präsident Truman für den Friedensnobelpreis 1953 vorschlägt. Das norwegische Parlament hat ein Vorschlagsrecht bei der Verleihungskommission für den Nobelpreis.

Zur Bildung eines Bundes katholischer Familien rief der Bischof von Mainz, Dr. Albert Stohr, in einem Hirtenwort auf, das von den Kanzeln der Diozese am Sonntag verlesen wurde.

Der Hamburger Bürgermeister Brauer hat die Schirmherrschaft über das Deutschland-Treffen der Pommerschen Landsmannschaft übernommen, das Pfingsten 1953 in Hamburg stattfinden soll.

Als Geschenk der Stadt Bochum trafen am Sonntag vier Glocken in Hiroshima ein, der ersten Stadt, die ein Opfer der Atombombe wurde. Unter einem Ehrengeleit von Hunderten von Schulkindern wurden die Glocken auf fahnengeschmückten Lastwagen durch die Straßen der Stadt zu einem Gedenkschrein gefahren.

Papst Pius XII. las am Sonntag zum erstenmal, seit er vor etwa drei Wochen an Grippe erkrankte, in seiner Privatkapelle wieder die Heilige Messe.

Der Generalgouverneur von Pakistan hat den ägyptischen Ministerpräsidenten Nagib zu einem Besuch nach Karatschi eingeladen. Zur Zeit weilt eine ägyptische Militärmission in Pakistan.

Die Veröffentlichung der Dokumente Rommels als Vorabdruck aus einem neuen Buch von Lidell Hart wird am Sonntag im britischen „Sunday Dispatch" angekündigt. Die Zeitung bemerkt, daß die Bemühungen der britischen Presse um den Abdruck der schärfste Wettbewerb im britischen Journalismus seit vielen Jahren gewesen seien.

Der kanadische Außenminister Pearson, der Präsident der Vollversammlung der UNO ist, hatte Sonntag mit dem amerikanischen Außenminister Dulles eine geheime Aussprache.

Die Konferenz der UNO-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) in Bandung auf Java wurde am Wochenende nach neuntägiger Dauer beendet.

Zum erstenmal seit dreißig Jahren ist am Sonntag in Oran Schnee gefallen. In Algier schneite es zum zweiten Male in diesem Winter.

Tausende von Afrikanern und Indern demonstrierten am Sonntag in Kapstadt und Durban gegen neue Gesetzesvorlagen der Regierung Malan, die sich gegen die Widerstandskampagnen der farbigen Bevölkerung Südafrikas richten.

Außenminister Dulles beglückwünschte am Wochenende die Regierungen Aegyptens und Großbritanniens zum Sudan-Abkommen und sprach die Hoffnung aus, daß dieses Uebereinkommen den ersten Schritt auf dem Wege zu weiteren „fruchtbaren" Verbindungen im Nahen Osten darstellen möge.

Wie der Exgauleiter von Wien, Frauenfeld, nach seiner Haftentlassung sagte, könne er sich seine Verhaftung nur so erklären, daß er von einem Spitzel denunziert worden sei. Nach der Meinung der Verteidigung hat dieser Spitzel auch das Material für die Verhaftung der übrigen Freikorps-Führer sowie der norddeutschen Mitglieder des Naumann-Kreises geliefert.

Plötzlich und unerwartet verschied am 15. Febr. 1953 im Alter von 68 Jahren unser langjähriges Belegschaftsmitglied, der

Gabelrecker

Karl Thurn

Betriebsobmann

Er war ein Mann von hohem fachlichen Können und stets anständiger Gesinnung. Mit ihm verlieren wir einen treuen Mitarbeiter und einen beliebten Arbeitskameraden, dem ein ehrendes Gedenken immer bewahrt bleiben wird.

Geschäftsleitung und Belegschaft der Firma

Gust. Mesenhöller & Co., K.G.

Schalksmühle/Westf.

Für die uns zu unserer Vermählung übermittelten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten danken wir herzlichst

Walter Born und Frau Hildegard
geb. Tweer

Collenberg, im Februar 1953

Bekanntmachung

Die Firma Otto Fuchs, Metallwerke, Meinerzhagen, beabsichtigt, für die krankenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer eine Betriebskrankenkasse zu errichten.

Auf Grund des § 225a der Reichsversicherungsordnung darf die Krankenkasse errichtet werden, wenn die Mehrheit der abstimmenden, krankenversicherungspflichtigen volljährigen Arbeitnehmer der Firma in geheimer Abstimmung zustimmen. Das unterzeichnete Versicherungsamt hat die Abstimmung durchzuführen.

Zur Feststellung des Willens der bei der Firma Otto Fuchs, Metallwerke in Meinerzhagen beschäftigten Arbeitnehmer ist die Abstimmung auf **Freitag, den 20. März 1953** festgesetzt worden.

Die Abstimmung findet in der Zeit von 10 bis 22 Uhr im Betriebe der Firma Fuchs statt.

Zur Abstimmung werden die krankenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, die am Abstimmungstage das 21. Lebensjahr vollendet haben, hiermit eingeladen.

Die Abstimmung ist persönlich auszuüben. Jeder Abstimmungsberechtigte hat eine Stimme. Abstimmen kann nur, wer im Besitze eines Abstimmungsausweises seiner bisherigen Krankenkasse ist.

Bei der Abstimmung dürfen nur amtliche Stimmzettel und Umschläge verwendet werden, die im Abstimmungsraum zur Ausgabe gelangen. Die Stimmzettel erhalten folgenden Aufdruck:

„Stimmen Sie für die Errichtung der neuen Krankenkasse?"

„Ja" „Nein"

Den Stimmzettel hat der Stimmberechtigte in der Abstimmungszelle durch Streichen des Wortes „Ja" oder „Nein" auszufüllen und in den Wahlumschlag zu stecken. Den Umschlag übergibt er zusammen mit dem Abstimmungsausweis dem Abstimmungsvorsteher.

Zur Bildung eines Abstimmungsvorstandes können die Abstimmungsberechtigten der Firma einen Beisitzer benennen, der nach Vorschlag der Abstimmungsberechtigten oder einer wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer vom Versicherungsamt Altena bestellt wird. Der namentliche Vorschlag muß spätestens bis **zum 6. März 53** dem Versicherungsamt Altena eingereicht werden.

Die Firma (Arbeitgeber) stellt ebenfalls einen Beisitzer.

Gehen dem Versicherungsamt Vorschläge nicht oder nicht rechtzeitig zu, so beruft es die Beisitzer nach freiem Ermessen.

Altena, den 16. Februar 1953.

Kreisverwaltung Altena, Versicherungsamt.

Der Tod ist unabwendbar

Der Mensch ist das einzige Lebewesen, dem diese Tatsache bekannt und bewußt ist. Der Reichste kann ihn nicht bestechen, der Ärmste ihm nicht durch eine List entrinnen. Die ärztliche Wissenschaft hat ungeheure Erfolge erzielt, weitere sind zu erwarten. Die großen Seuchen gibt es nicht mehr, und wir werden es wohl noch erleben, daß zum Beispiel Krebs, Tuberkulose und Kinderlähmung zu den vergangenen Schrecken gehören. Aber da ist etwas, gegen das keine ärztliche Kunst, kein Serum und keine Pillen helfen können: Es ist

die Todesursache Nr. 1

der Schaden, den Zeit und Zivilisation unserem Herzen, unserem Kreislauf, unseren Nerven zufügen. An diesen Schäden stirbt jeder Dritte, mehr Menschen als an Krebs, Tuberkulose und Verkehrsunfällen zusammengenommen. Tragen wir selbst einen großen Teil der Schuld? Können wir etwas daran ändern? – Ja! sagt Dr. med. Thomas Kappelle, der Autor der hochinteressanten Artikelfolge

„Millionen Menschen sterben zu früh"

die in dieser Woche in der **„abz"**-Illustrierten anläuft. Dieser großangelegte Bericht wird die Ursachen und Hintergründe der für die Menschheit so verhängnisvollen Zeitschäden aufzeigen und wertvolle Hinweise sowie Erläuterungen geben, die für jeden von uns wichtig sind. Sofern Sie **„abz"** noch nicht kennen, lassen Sie sich ein Ansichtsexemplar von Ihrem Zeitungsboten geben. **„abz"** wird Ihnen auf Wunsch für nur 1 DM monatliche Bezugsgebühr wöchentlich mit unserer Zeitung ins Haus gebracht.

Lichtspiele Karlshöhe

Dienstag bis Donnerstag 20 Uhr

Fräulein Wildfang

Der große Farbfilm mit **Lois Butler** dem jugendlichen Hollywood-Gesangstar.

Ein Jungmädchenschicksal, hinreißend gestaltet – und mehr als das: ein großartig gelungener Farbfilm voll Schwung und Natürlichkeit, erfüllt von Frohsinn, verklärt von Lebensfreude!

Evangelische Gesangbücher

zur Konfirmation

in Kleinausgabe, Kunstleder und Bockleder

in der Preislage von DM **6.–** bis DM **15.30**

vorrätig in der

Buchhandlung

WILH. BELL JR.,

HALVER

Rinckenbeck

Bestecke, besonders Bestecke werden oft mit einem Wortschwall, mit einer Ueberredungskunst angeboten, die die mangelhafte Qualität ersetzen soll. Wenn Sie die Firma kennen — aber auch nur dann — dürfen Sie Bestecke kaufen; es ist immer richtig, wenn Sie erst Ihren Juwelier fragen, denn er verdient Ihr Vertrauen.

Dortmund · Westenhellweg 45

REGINA
LICHTSPIELE HALVER

Heute bis einschl. Donnerstag 20.00

Hafengasse Fünf

Das ergreifende Schicksal einer Frau zwischen Leidenschaft und Mutterliebe.
Die pikante Atmosphäre der Hafengassen Marseilles als Hintergrund zu diesem außerordentlichen Sittenfilm.

Strenges Jugendverbot!



IN ALLEN APOTH. u. DROGERIEN.

Feines Damasttafeltuch

erstkl. Ware, Größe 3×2 m (12 Pers.) von Ostflüchtling äußerst preiswert zu verkaufen. Nähere Auskunft durch Fernsprechanschluß Lüdenscheid 2727.

Klein-Pianos, Liliput-Flügel

und gebrauchte Instrumente

Roth & Junius, Hagen

Piano- und Flügel-Fabrik

Man wende sich stets **direkt** an uns

Leistungsecke

der Fa.

Joh. Chr. Herdepe Söhne

HALVER · Telefon 160

Alu-Stiel-Kasserollen

16 cm DM **1.35**